

Kees van der Pijl

Kommt die globale autoritäre Oligarchie? Annäherungen und Konflikte zwischen dem Westen und dem Rest der Welt

Keywords: ruling class, strategic elites, transnational bourgeoisie, atlantic bourgeoisie, oligarchy, authoritarian capitalism

Schlüsselwörter: herrschende Klasse, strategische Eliten, transnationale Bourgeoisie, atlantische Bourgeoisie, Oligarchie, autoritärer Kapitalismus

In diesem Beitrag stelle ich mir die Frage, ob der offensichtliche krisenhafte Wandel der weltweiten politischen Ökonomie eine neue, weltweit geeinte Herrschaftsstruktur in oligarchischer Form hervorbringt. Dabei werden im Inneren der Gesellschaften demokratische durch autoritäre Praktiken ersetzt, nach außen wird zunehmend Gewalt angewendet. Im liberalen Westen steht die Herrschaft der Kapitalistenklasse durch eine parlamentarische, auf Konsens beruhende Regierung, die sich aus einer eigenen Klasse rekrutiert, auf dem Spiele und verschiedene Formen eines extrem rechten Populismus und Neo-Faschismus haben Aufwind. Im Zusammenhang damit löst sich das gesamte Gefüge des westlichen Blocks auf, des Locke'schen „Kernlandes“, wie ich es nach dem Ideologem der liberalen Gesellschaft von Privateigentümern aus dem 17. Jahrhundert bezeichne. Es ist durchaus möglich, dass wir am Ende eines dreihundertjährigen Zyklus stehen, an dem die historische Form der Klassenherrschaft durch Kompromiss auch im Westen von einer oligarchischen, autoritären Herrschaft abgelöst wird (van der Pijl 2006).

Die Gegenspieler des liberalen Kernlandes, die ich „Herausfordererstaaten“ nenne, operierten historisch ausgehend von qualitativ anderen Prinzipien. Der in der Staatsmacht verschanzte Machtblock, die Staatsklasse, vereinnahmte ihre soziale Basis, um sie in der Auseinandersetzung mit dem stärkeren Westen mobilisieren zu können. In solchen Staaten fallen die Rollen der herrschenden und der regierenden Klasse, ökonomische und politische Kontrolle, in eins. Dies gilt in praktisch allen politischen Formationen außerhalb des reichen liberalen Westens. Hier besaß der Gesellschaftsvertrag immer autoritäre Züge. Neuerdings wurden diese Verträge

so revidiert, dass sich auch eine Oligarchie kapitalistischen Stils formieren kann. Dies gilt am offenkundigsten für Russland und China, aber auch für den Iran, die arabischen Staaten und andere. Ich werde im Folgenden kurz diese historischen Muster skizzieren, bevor ich mich den Veränderungen in der Formierung der Kapitalistenklasse und dem konflikthafte Prozess einer globalen Integration herrschender oligarchischer Klassen sowie von Gruppen zuwende, die dazu gehören möchten.

Die Pioniervorteile der atlantischen herrschenden Klasse

Die Strukturen des liberalen, kapitalistischen Westens im Vergleich mit der übrigen Welt zeigen sich erst im Rückblick, wenn sie offenkundige Zeichen der Auflösung zeigen. Die Einsicht kommt im Nachhinein, wie in Hegels berühmter Metapher die Eule der Minerva erst mit der Dämmerung ihren Flug beginnt (Sekine 2013: 15-18 und *passim*). Jetzt, wo die Logik der Geschichte deutlich an räumlichen Begrenzungen verliert, erhält der Prozess der Entstehung seine volle Transparenz. Deshalb sind unsere Fähigkeiten, die heutige Situation einzuschätzen auch notwendig begrenzt und unvollständig. Wir müssen uns daher mit den Einsichten aus historischen Erfahrungen begnügen.

Die Bildung von Klassen wird stets durch Avantgarden oder Eliten geführt. Sie bestehen aus Praktikern und Ideologen, zu denen auch die „organischen Intellektuellen“ gehören, die den sozialen Interessen und Neigungen der Gruppe als Ganzer Kohäsion verleihen. Die Elitentheorie (Mills 1959; Domhoff 1978) stellt zu diesem Punkt reichhaltiges empirisches Material zur Verfügung, freilich mit einer hartnäckigen Schwachstelle, nämlich dem tautologischen Konzept der Macht als solcher. Eliten sollen an der Macht sein, weil es ihnen allein darum geht, diese zu behalten und sie den Willen und die Mittel besitzen, sie sich nicht entgleiten zu lassen (weshalb sie überhaupt Eliten sind usw.)

Klassenformationen in Sinne der Tradition des historischen Materialismus sind auf verschiedene Weise unterschieden in eine regierende Klasse und verschiedene Verwaltungseliten, die sich aus der obersten Funktionärsschicht rekrutieren, welche der eigentlichen herrschenden Klasse zu Diensten sind. Sie streitet jedoch ab, dass eine dieser Gruppen tatsächlich die Kontrolle ausübt. Sie besitzen Zugänge zu unterschiedlichen Ressourcen und Instrumenten der Macht, bleiben aber den sozialen Kräften unterworfen, die das Handeln und die Weltsicht der Zeitgenossen bestimmen. Anstatt diese Kräfte zu kontrollieren, müssen sie mit ihnen zurechtkommen, um (im besten Falle) *teilweise* Kontrolle auszuüben, inmitten von Ausweichmanövern

und häufigem Scheitern. In einer liberalen, kapitalistischen Gesellschaft kommen die Ideen und Interessen, denen Rechnung getragen werden muss, aus verschiedenen Richtungen und konkurrieren um Aufmerksamkeit und Berücksichtigung. Demnach konstituiert sich die herrschende Klasse durch Auseinandersetzungen, in denen sie zu einem gewissen Grad an Einheitlichkeit des Vorsatzes in den eigenen Reihen und gegenüber anderen Klassen zusammengeschweißt wird, national wie international. Dem umfassenden Programm oder Herrschaftskonzept, das sich in diesen Auseinandersetzungen herauskristallisiert, müssen herrschende wie regierende Klassen gehorchen, auch wenn es ihren kurzfristigen Interessen zuwider läuft (Hickel 1975; Bode 1979).

In der marxistischen Tradition sind Interessen häufig einseitig ökonomisch charakterisiert worden, eine angemessene politisch-ökonomische Perspektive erfordert es jedoch, die Prozesse der Klassenformierung auch sozio-geographisch und ethnisch-politisch, in Begriffen der Sprache und anderen Merkmalen der Nationalität zu bestimmen. Die Konstituierung des Locke'schen „Kernlandes“, das ursprünglich die britischen Inseln und Nordamerika, später auch Australasien umfasste, hat dem Kapitalismus eine eigentümliche Färbung verliehen, aber auch zu einer spezifischen Geschichte von Klassenkämpfen geführt, in denen die sich kumulierenden Kompromisse (im Sinne von materiellen Arrangements, nicht unbedingt von gleichgewichtigen Übereinkünften) einen klaren kulturellen Komplex erzeugt haben, aus dem heraus die führenden Eliten der herrschenden Klassen und der Gesellschaft insgesamt die sie leitenden Programme formuliert haben.

Louis Hartz hat jenes „Bruchstück“ der englischen Gesellschaft beschrieben, das den Atlantik überquerte und die Locke'sche Wertschätzung für Privateigentum und eine sich selbst regulierende Gesellschaft mit sich nahm. In Nordamerika „entfaltete sich die Bourgeoisie, nachdem sie Vergangenheit und Zukunft entkommen war, gemäß ihren eigenen Gesetzen“ (Hartz 1964: 10). Die Abspaltung im späten 18. Jahrhundert gab ihr einen eigenen souveränen Staat, während der ursprüngliche Puritanismus der Siedlerfamilien zu einem neuen Nationalismus mutierte, dem „Amerikanismus“. Der Locke'sche Liberalismus war ein Programm, das sowohl die Bildung der Klasse wie die des Staates leitete. Die beiden verbanden sich zu einem „Staats/Gesellschafts-Komplex“ (Cox 1986: 205), in welchem der Staat nach der Formulierung von Poulantzas die „Verdichtung der Klassenverhältnisse“ (Bretthauer 2006) darstellt und damit notwendigerweise ein spezifisches kulturelles Aussehen erhält. Sowohl die Prozesse der Klassenformierung wie der Bildung des (Locke'schen) Staats waren ebenso gut transnational wie international. Denn der Liberalismus der Whigs nahm niederländische

Erfahrungen auf und vermittelte seinerseits die Locke'schen Glaubenssätze den nordamerikanischen Kolonien (Israel 2003).

Nach dem Sieg über Frankreich und dem Frieden von Utrecht 1713 erfuhr die liberale Gesellschaft eine Homogenisierung: Das Alltagsleben der Bourgeoisie führte zu einer „Zivilgesellschaft“. Habermas (1971: 59f) diskutiert diesen Prozess als „Öffentlichkeit“, auf der die flüssigen Politikformen des Locke'schen Westens beruhen. Die Öffentlichkeit dreht sich um verschiedene Fraktionen der regierenden Klasse, die sich ohne größeren Aufruhr an der Regierung abwechseln. Im Prinzip kann nun auch die Bevölkerung ins Spiel gebracht werden, auch wenn es bis in das 20. Jahrhundert dauerte, bis den Arbeitern, und mit einiger Verspätung auch den Frauen, ein massenhaftes Wahlrecht gewährt wurde. Die „Parteien“ der regierenden Klasse (anfangs informelle Clubs wie die Whigs oder die Tories in England und Nordamerika) artikulierten zu einem bestimmten Zeitpunkt ein allgemeines kapitalistisches Interesse, aus den wechselnden Perspektiven der Grundbesitzer und des Geldkapitals gegenüber Manufaktur- und Handelskapital, je nachdem, wie diese Interessenbündel im Verlauf der Konjunktur abschnitten, und führten auf diese Weise den Prozess insgesamt an.

Die sich abwechselnde Vorherrschaft der Interessen verschiedener kapitalistischer Fraktionen vollzog sich durch strategische Eliten (Freimaurer-Logen, Clubs und Allianzen mit Fraktionen der regierenden Klasse, den späteren „Parteien“), die darauf spezialisiert sind, sich Rückhalt in der Bevölkerung zu verschaffen. Dass die konservativeren Grundbesitz- und Geldinteressen, komme was da mag, zu den „Tories“ tendierten, oder umgekehrt die Whigs dauerhaft mit Manufaktur und Handel verbunden waren, sollte nicht vergessen machen, dass mit der wachsenden Beteiligung der unteren Klassen an der Politik sich diese Konstellationen mehr und mehr verflüssigten. Sich überschneidende Allianzen, geschmiedet von politischen Unternehmern, konnten dabei als Mittelglieder zwischen herrschender und regierender Klasse, zwischen Gesellschaft und Staat, ein gewisses Maß an „relativer Autonomie“ (Poulantzas) gewinnen.

Auch die Fraktionen des Kapitals blieben nicht beschränkt auf einen der beiden erwähnten großen Blöcke. Je mehr emotionale und ästhetische Elemente in den Prozess der Interessenartikulation verwoben werden, desto weiter entfernt sich die Politik von den direkten Wirkungen der ökonomischen Zyklen. Schließlich kann das, was die Leute wählen, sich stark von dem unterscheiden, was nach der nackten Abwägung ihrer materiellen Interessen als rationale Wahl erscheint; „falsches Bewusstsein“ ist eben der Normalzustand. Jedoch noch hinter dem exotischsten politischen Programm verbirgt sich eine Klassen-Macht, die das (jeweilige) Herrschaftskonzept an

einer bestimmten Logik ausrichtet, die den Prozess der Akkumulation des Kapitals und die Bandbreite des politischen Dissenses bestimmt.

In den britisch-französischen Auseinandersetzungen um die Kontrolle in Nordamerika, Indien und anderswo, in den Kriegen zwischen 1688 und 1713, im Österreichischen Erbfolgekrieg und im Siebenjährigen Krieg (1756-1763) spielte die englischsprachige Bourgeoisie, jetzt in Folge der überseeischen Siedlungen bereits eine transnationale Kraft, durch ihre Präsenz auf den verschiedenen Kampfplätzen die ausschlaggebende Rolle (Arrighi 1978: 57f). Gestützt auf diese anfänglichen Siege war der englischsprachige Westen in der Lage, die aufeinander folgenden Herausforderer seines ökonomisch-politischen Primats abzuwehren und zu besiegen. Die Abspaltung der Vereinigten Staaten im späten 18. Jahrhundert sollte daher als ein „Bürgerkrieg“ gesehen werden, „der die Whigs und Tories in England, in den Vereinigten Staaten und in dem, was zu Kanada wurde, spaltete“ und „keinesfalls als eine klare nationale Bewegung“ (Kaufmann 1999: 443). Die Klassenkämpfe entwickelten sich auf beiden Seiten des Atlantiks unterschiedlich. Die Vereinigten Staaten übernahmen eine bestimmte Version des Vertragsgedankens von John Locke von Großbritannien. Ähnlich gingen Kanada, Südafrika, Australien und Neuseeland eigene Wege. Dennoch trifft es zu, dass sie Teile des einen Locke'schen Kernlandes sind, das durch einem besonderen gemeinsamen Rhythmus verknüpft ist. Dies gilt vor allem seit dem amerikanischen Bürgerkrieg, in dem die industrielle Bourgeoisie des Nordens über die Sklaven haltenden Plantagenbesitzer des Südens triumphierte und die mit der Abspaltung von Großbritannien begonnene Revolution vollendet wurde. Die Bourgeoisie des Nordens zog Kapital aus England zur Finanzierung des ausgedehnten Eisenbahnnetzes an, während die Besiedlungsgrenze („frontier“) nach Westen vorgeschoben wurde. Im Grenzgebiet nahm der Kapitalismus, der aus der ursprünglichen Akkumulation hervorgeht, brutale Formen der Aneignung der Natur und der Enteignung von Gemeineigentum an. Seine Ausbreitung über den Globus gehorchte diesem Instinkt und drückte ihm den kulturellen Stempel eines einzigartigen Klassenprojektes auf. Was expandiert, ist eine bestimmte Form von Gesellschaft, die mit dem Kapital auf Reisen geht.

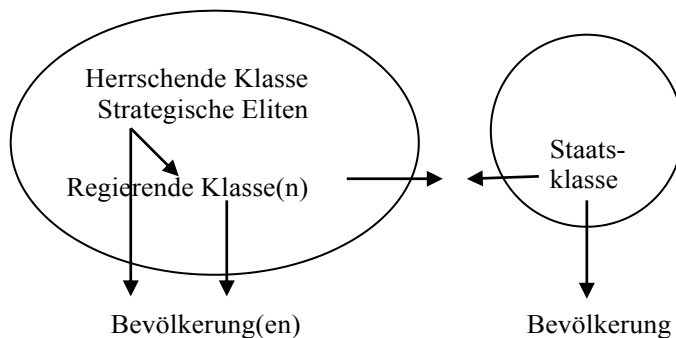
Kontrastierende Abfolgen der Klassenbildung

Der französische Absolutismus als Gegenstück zum Locke'schen Liberalismus wurde zum historischen Prototyp eines Herausfordererstaates. Im historischen Kernland ermächtigte die herrschende Klasse der Privateigentümer strategische Eliten, ein umfassendes Kontrollkonzept zu artikulieren, in dessen Grenzen die regierende Klasse die Tagesgeschäfte des Staates

betreibt. In der Konfiguration des Herausfordererstaates sind diese Funktionen in einer einzigen Staatsklasse komprimiert, deren Herrschaftsbasis die Kontrolle der Staatsmacht bildet. Daher ist hier die Trennung von Staat und Gesellschaft suspendiert. In den am wenigsten entwickelten Ländern befindet sich der Staat noch im „Privatbesitz“ bestimmter sozialer Gruppen. Da der Staat noch nicht das Stadium der Allgemeinheit und Abstraktheit erreicht hat, wie der *Leviathan* in der Theorie von Hobbes, ist er unfähig, sich der Gesellschaft insgesamt aufzuzwingen (Migdal 1988).

Das spezifisch „soziologische“ Profil der Staatsklasse (sei es ein aristokratisches, eine bourgeois oder im Staatssozialismus, ein technisch-manageriales), ist hier von sekundärer Bedeutung; was zählt, ist ihre faktische Kontrolle des Staatsapparates. Obwohl sich aus den trans- und internationalen Beziehungen nominell eine Trennung des Komplexes Staat/Gesellschaft ergibt, gibt es hier eine einzige direktive Struktur, die schematisch wie folgt dargestellt werden kann:

Abb. 1



Die Pfeile zeigen die Stoßrichtung der Politik an: Innerhalb des Locke'schen Staat/Gesellschaft-Komplexes (das Kernland mit seinen getrennten staatlichen Zuständigkeiten) gerinnen die Interessen und Ideen, die die strategischen Eliten für die herrschende Klasse artikulieren, zu einem Kontrollkonzept, das den Raum der Möglichkeiten für die regierende Klasse und die weitere Gesellschaft absteckt. Die regierende Klasse ist neben einer Vielzahl von Aufgaben in Bezug auf die eigene Gesellschaft mit den Staatsklassen eines oder mehrerer Herausfordererstaaten konfrontiert. Die regierende Klasse umfasst dabei alle unterstützenden Formationen, die im Namen der herrschenden Klasse der Privateigentümer operieren.

Der springende Punkt ist, dass die sichtbaren Autoritäten (Regierung, Unternehmensleiter, hohe Staatsbeamte) gewöhnlich nicht tatsächlich die

realen Machthaber sind, es sei denn, sie sind Mitglied der herrschenden Klasse, die wie Winston Churchill direkt der Regierung angehören. Es gibt ein berühmtes Foto von Tony Blair mit seinem unverwechselbaren Lächeln, wie er eine Ausgabe von *The Sun* in die Höhe hält, man wird aber vergeblich nach einem Foto des Eigentümers der Zeitung, Rupert Murdoch, suchen, mit der roten Rose der Labour-Partei in den Händen, weil letztlich Blair Murdoch verpflichtet ist und nicht umgekehrt. Zu den strategischen Eliten, die ihn für seine Rolle vorbereiteten, gehörte auch die Gruppe, die mit Peter Mandelson den Stapellauf von „New Labour“ vorbereitete, und die von Murdoch und seinesgleichen kontrollierten Medien. Diese geben auch den Ton an und stellen entscheidende Verbindungen für die Planungsaufgaben der strategischen Eliten bereit, wie etwa Bilderberg, die Trilaterale Kommission, das Weltwirtschaftsforum, das (US) *Council for Foreign Relations*, ein Schwarm von kleineren Körperschaften mit begrenzter nationaler und funktionaler Reichweite, die alle zur Ausformung des Kontrollkonzepts beitragen, das die laufenden Geschäfte in jedem Bereich lenkt.

Wo Staatsklassen die Geschäfte eines Herausfordererstaates führen, fehlen diese komplexen Verhältnisse nicht vollständig, sind jedoch stark kondensiert. Auch wenn die französische Herausforderung erst mit Napoleon ihren Höhepunkt erreichte, mobilisierte die französische Staatsklasse (die absolutistische Monarchie und die Aristokratie) bereits unter den Bourbonen *von oben* die gleiche Gruppe von sozialen Kräften, die in den Niederlanden und jenseits des Kanals frühzeitig die protektionistischen merkantilistischen Strukturen gegen die neuen liberalisierten und zivilen Spielräume ausgetauscht hatte. Nur so konnten die Führer des Landes hoffen, jene Prozesse des sozialen Wandels auszulösen und zu beschleunigen, die Holland und England ihren Vorsprung im Seehandel und den überseeischen Besitzungen beschert hatten. Doch gelang es der Colbert'schen Politik der Anordnungen von oben nicht, die privaten Profitmotive mit den öffentlichen Interessen zu synchronisieren, wie dies im liberalen Kontext so gut funktioniert hatte (Padfield 2000: 98).

Die Existenz des Herausfordererstaats ist immer schon die Voraussetzung für die Einheit des „Westens“. Das Kernland wäre ohne diesen historischen Gegenspieler nicht gezwungen gewesen, ein Minimum an Gemeinschaftlichkeit und tatsächlicher Einheit sowie, wie man heute sehen kann, den Liberalismus selbst zu beachten. Ohne die Konzentration der Gegenkräfte in Form eines führenden oder „primären“ Herausfordererstaates, nach Frankreich ein vereinigt Deutschland von Bismarck bis Hitler, Japan, die Sowjetunion, und heute vielleicht China, wäre der atlantische Westen seinen inneren Rivalitäten erlegen, die auf diese Weise stillgestellt bzw. von einer

gemeinsamen Haltung gegen die äußeren Mächte transzendiert wurden. Wir blicken daher auf eine „kombinierte Entwicklung“ in dem Sinne, wie Radhika Desai dieses Konzept versteht, als eine „Entwicklung im Treibhaus“, „weil sie viele Stufen in kürzere und intensivere Ausbrüche zusammenfasst und zusammenpresst“ (Desai 2013: 3)

Eine ähnliche Kompression von Entwicklungsstufen ist im Kontext der Herausforderer in der Herausbildung einer leitenden Klasse am Werke. Wenn wir nämlich auf die globale politische Ökonomie insgesamt blicken, so laufen während der gesamten Zeit, von unserem Epochendatum 1688 bis zur gegenwärtigen Krise, zwei Prozesse simultan nebeneinander. Im liberalen Kontext des Kernlands, in dem die Gesellschaft sich nach Recht und Gesetz selbst reguliert, treffen die drei Schritte zu, mit denen Antonio Gramsci die Klassenformation durch Klassenkampf analysiert (Gramsci 1971: 181; zur Klärung übernehme ich einige Begriffe auch von anderen Quellen):

- a) Die ökonomisch-korporative Phase (funktionale Solidaritäten zwischen verschiedenen Kategorien von Kapitalisten, weitgehend innerhalb der herrschenden Klasse).
- b) Die breiteren Klasseninteressen (gefasst noch in ökonomischen Begriffen, so die Interessen einer Fraktion, die sich um bestimmte Rollen in der Ökonomie auskristallisieren, und die Fähigkeit, auf Basis der Effektivität und Überlegenheit bei der Verteilung von Profiten den Anspruch zu erheben, das Partikularinteresse stehe tatsächlich für das allgemeine Interesse). In diesem Stadium werden Bündnisse geschlossen und strategischen Eliten, regierenden Klassen und verschiedenen Fraktionen der Funktionäre ihre Rollen zugewiesen werden.
- c) Die Transzendenz der eigenen Klasseninteressen durch die Einbeziehung anderer und die Neutralisierung gegensätzlicher Interessen auf der Ebene des Staates. Damit vollendet sich der Prozess der Klassenbildung, in dem es besonderen Talenten von Politikern und Ideologen, gestärkt durch Eliten, die für aufstrebende Fraktionen der herrschenden Klasse sprechen, gelingt, einem bestimmten Herrschaftskonzept Anerkennung zu verschaffen und alle parallelen Bemühungen mit diesem Ziel auszuschalten. Dies erlaubt schließlich auch, dass Wahlen durch die Zustimmung gewonnen werden, die ein erfolgversprechender Kurses in den Medien und der öffentlichen Meinung findet.

Schauen wir nun, wie sich dies in einem Herausfordererstaat entwickelt. Hier konfisziert der Staat in unterschiedlichem Maße seine soziale Basis. Die Prozesse verlaufen hier *genau umgekehrt*. Es beginnt mit dem Äquivalent des liberalen „c“, also hier mit

- A) der Besetzung der Staatsmacht und der Kommandohöhen durch einen Block von Kräften, der stark genug ist, diese festzuhalten, und mit der Konstituierung der Staatsklasse als solcher. Alle partikularen Interessen werden dem Staatsinteresse untergeordnet. Was im liberalen Kontext den letzten Schritt in einem Konkurrenzprozess bildet, ist hier der Ausgangspunkt. So werden hier „die Talente der Politiker und Ideologen“ in den Dienst einer *expliziten Ideologie* gestellt. In deren Zentrum steht eine Geschichtsphilosophie, die gewöhnlich die einzigartigen Qualitäten des Herausforderers auf Grund von Politik, Klasse oder Nation/Rasse herausstellt. Da die Staatsklasse ihrer Definition nach ihren Zugriff auf den Staat nicht aufgeben kann, tritt das Zwangsmoment deutlicher zu Tage als das Moment des Konsenses (umgekehrt wie im liberalen Kontext).
- B) Fraktionen innerhalb der Staatsklasse entwickeln sich nach Maßgabe der funktionalen Rollen im Inneren und in Antwort auf die Pressionen und Anreize, die vom Kernland ausgehen; jedoch wird an keinem Punkt eine Fraktion in der Lage sein sich von der konfiszierenden Staatsmacht abzunabeln.
- C) Alle Formen einer lokalen Artikulation von Interessen werden entweder unterdrückt oder im Idealfall im Vorfeld abgelenkt und in die Staatsklasse inkorporiert. Der Initialpunkt in der Locke'schen Konstellation wird hier zu einem kümmerlichen Nebengleis des Gesamtprozesses.

In anderen Worten, die Staatsklasse des Herausforderers kontrolliert nicht allein den Staat, sondern durch ihn auch alle Formen der sozialen Mobilisierung. Sie kommt diesen durch Repression zuvor oder verteilt die Lizenzen, mit denen neue soziale Kräfte im Rahmen des breiteren Blocks der Staatsklasse operieren können. Daher ist es bekanntlich schwierig eine Staatsklasse durch eine andere zu ersetzen. Ohne die Kontrolle über den Staat verlieren ihre Mitglieder die Verankerung ihrer Macht. Demgegenüber ist der Austausch einer Regierung im Locke'schen Kontext einfach. Die politischen Kämpfe zwischen verschiedenen Fraktionen der regierenden Klasse spielen sich hier weiter entfernt von den Kämpfen in der sozialen Sphäre ab, d.h. von der Sphäre der Zivilgesellschaft, in der die herrschende Klasse ihre Hegemonie organisiert.

Hegemonie ist ein Prozess, durch den die etablierte Lebensweise normal und natürlich erscheint; im Vergleich erscheint alles andere als künstlich, „gewollt“ und problematisch. Das nach umfassender Geltung strebende Herrschaftskonzept im liberalen Westen ist flexibel, eben weil seine Bindung an spezielle Interessen erst im Prozess seines Ablebens sichtbar wird; dagegen steht die Ideologie, die explizit die Herrschaft einer Staatsklasse legitimiert,

ständig im Rampenlicht, unterliegt aber auch der Verknöcherung und gerät damit umso leichter in offenen Gegensatz zur Wirklichkeit.

Um die Gesellschaft für die Anstrengungen des Herausforderers zu mobilisieren, bedarf es dagegen eines enormen Drucks auf die Bevölkerung. Zunächst tendiert der Herausforderer immer dazu, für die Aufgabe „falsch“ aufgestellt zu sein, denn er ist mit einer Staatsklasse belastet, die durch diverse parasitäre Elemente, die sich ihr anheften, aufgebläht wird. Solche Gruppen werden in der kompetitiven, an Opportunitäten reichen Kultur des Locke'schen Liberalismus umgekrempelt oder ganz ausgejätet. Die französische Monarchie brach unter den Spannungen zusammen, die sich aus der Überausbeutung ihrer Bauern, der kommerziellen Rivalität mit England und der Kriegführung auf dem Kontinent ergaben (Schama 1990: 62); auf einem im Vergleich mit dem Kernland geringeren gesellschaftlichen Entwicklungsniveau war die Russische Revolution das Ergebnis eines vergleichbaren Versagens, die gesellschaftliche Mobilisierung durch eine unfähige Monarchie und ungeeignete soziale Strukturen aufrechtzuerhalten (Lewin 1985: 269). Beide Revolutionen erlaubten es dann einer restrukturierten oder neuen Staatsklasse sich zu formieren. Diese sahen sich gezwungen, die Anstrengungen als Herausforderer wieder aufzunehmen – von Necker zu Napoleon, von Stolypin zu Stalin. Dass man nicht einer regierenden Klasse erlaubte, die Alltagsgeschäfte zu betreiben, machte die Problematik des Übergangs zwischen herrschenden Gruppen permanent. Das französische Präsidialsystem, von de Gaulle etabliert, jedoch mit Präsidenten von immer geringerer Statur, oder der Übergang vom sowjetischen zu einem russischen System, der zur Zeit von der bonapartistischen Figur Vladimir Putins stabilisiert wird, zeigen beide, wie dieses Merkmal einer Staatsklasse, die Unfähigkeit, sich selbst flexibel zu erneuern und eine Zirkulation der Eliten innerhalb einer professionellen regierenden Klasse zu ermöglichen, Herausfordererstaaten dauerhaft prägt.

Solange der Westen die Oberhand in der Auseinandersetzung mit den Herausforderern behielt

- gegenüber Frankreich (mit Zentraleuropa und Russland im Hintergrund),
- gegenüber Deutschland und Japan (mit Österreich-Ungarn, Italien, Mexiko, Brasilien und Argentinien, Osmanischem Reich und Türkei, Iran, dem zaristischen Russland/UdSSR als „sekundäre“ Herausforderer),
- gegenüber der UdSSR und dem Sowjet-Block (mit der Bewegung der Blockfreien und der Koalition für eine Neue Weltwirtschaftsordnung und der OPEC als sekundäre Herausforderer),
- und bis zur letzten Krise, halbherzig, weil die Verhältnisse sich fundamental ändern können, gegenüber China und den anderen BRICS im Hintergrund,

solange ging die Dynamik umfassenden historischen Wandels von Westen nach „Osten“. In Begriffen der Klassenformation entsprachen die Folgen insgesamt dem, was Gramsci *passive Revolution* nennt (vgl. die Anmerkungen der Herausgeber in Gramsci 1971: 46). *Passive Revolution* bezeichnet Bestrebungen der Staatsklasse, ihrer sozialen Basis eine Form zu verleihen, die es ihr erlaubt, den Einwirkungen des Westens sowohl auf der diplomatischen Arena wie sozial in den Lebensweisen zu widerstehen. Diese Bemühungen eröffnen allerdings auch Räume, in denen Klassenkräfte, die in das vom Westen vorgelebte soziale Universum eintauchen möchten, Gestalt annehmen können. Unter den Bedingungen einer vom Staat konfiszierten Gesellschaft, kann diese Achse der Klassenbildung nur, wie Gramsci sagt, die Form eines „molekularen Voranschreitens“ annehmen. Dies ist der zweite Aspekt der passiven Revolution.

In diesem Prozess mag sich eine liberale Fraktion bis hin zum Bruch mit der Staatsklasse entwickeln, zum potenziellen Verbündeten der atlantischen herrschenden Klasse werden und bei der Enteignung der Staatsklasse helfen. Solche Enteignungen folgten in den systemischen Kriegen (Napoleonische und Weltkriege, Wettrüsten mit dem Sowjetblock) auf die Niederlagen der Blöcke von Herausforderern. In Europa nach 1945 haben, so könnte man argumentieren, Privatisierung und Einfügen in die atlantische herrschende Klasse die Staatsklassen durch Strukturen ersetzt, in denen eine herrschende Klasse mit einer regierenden Klasse verbunden wurde, obwohl die erwähnten verfassungsmäßigen Einschränkungen eine glatte Zirkulation der Eliten behindern. Der versuchsweise Einschluss eines japanischen Kontingents, wie bei der Bildung der Trilateralen Kommission im Jahr 1973 (Gill 1990), hat andererseits den Ein-Parteien-Staat weitgehend intakt gelassen, auch wenn es eine Serie gescheiterter Versuche gab, ihn zu öffnen.

Zu den Beispielen, in denen der Versuch, einen liberalen Partner zu finden, fehlschlägt, weil dieser nicht existiert, gehört der „Kapitalismus ohne Kapitalisten“ in Osteuropa nach dem Kollaps des Sowjetblocks (Eyal u.a. 1997). Oder es kann sein, dass sich die Staatsklasse anschickt, sich selbst ganz oder teilweise in eine private kapitalistische Oligarchie zu verwandeln wie im Kernbereich der Sowjetunion, in Russland, der Ukraine usw. (Kotz & Weir 1997; Yurchenko 2012), jedoch dann den Rückzug antritt und sich wieder im Staat verschanzt. Sicherlich ist auch in China ein solcher Transformationsprozess im Gange. Grundsätzlich lassen sich in allen nicht-westlichen Formationen Momente einer offen räuberischen kapitalistischen Bereicherung beobachten, welche aber jeweils eine Rumpf-Staatsklasse auf den Kommandohöhen belassen.

Wo immer eine Staatsklasse teilweise oder vollständig öffentliches Eigentum privatisiert, aber weiter an der Staatsmacht festhält, wird sie ein Schlüsselement der Formierung einer Staatsklasse gefährden, die Legitimitätsformel des starken Staates, wenn nicht in Gänze die autoritäre Herrschaft. Wie wir unter (A) sahen, besteht ein Schlüssel zur Ergreifung der Macht, auf der die Herrschaft der Staatsklasse beruht, in einer expliziten Ideologie. In deren Zentrum steht eine Geschichtsphilosophie, die gewöhnlich die einzigartigen Qualitäten des Herausforderers auf Grund von Politik, Klasse oder Nation/Rasse herausstellt (s.o., S. 55). Unter keinen Umständen kann zu einem solchen Leitbild die Bereicherung eines Teils der Staatsklasse durch kontrollierte Privatisierung gehören, während alle weiteren repressiven Züge des Staats bestehen bleiben. Hierfür würden die Bevölkerungen nicht gewillt sein, ein autoritäres Regime zu tolerieren.

Hierher stammt die Destabilisierung, die eine solche Transformation mit sich bringt. Der „Arabische Frühling“ ist dafür ein gutes Beispiel. Der gemeinsame Nenner der Transformationen von Herausfordererstaaten im 21. Jahrhundert wird daher darin bestehen, gegenüber der Bevölkerung den starken Staat erneut zur Geltung zu bringen, um so die zur Oligarchie mutierte Staatsklasse zu schützen. Ich behaupte, dass der liberale Westen sich paradoxer Weise in die gleiche Richtung bewegt. Er tut dies aber notwendigerweise in einem Prozess der Klassenformierung, die den ursprünglichen, von Gramsci benannten Schritten folgt. Um diese welthistorische Konvergenz zu verstehen, müssen wir uns den Veränderungen im Akkumulationsregime des Kapitals im Zuge seiner Globalisierung seit den 1980er und 1990er Jahren zuwenden. Dabei ist es vom korporatistischen Liberalismus über einen disziplinierenden Neoliberalismus zu einem rauerberischen Neoliberalismus mutiert.

Globale Oligarchie und autoritärer Kapitalismus

Die treibenden Kräfte der globalen Integration unter kapitalistischer Regie finden sich offenkundig im Kernland, weil hier das Kapital seine historische Basis besitzt. Wie angedeutet, operieren die kapitalistischen Elemente in den Herausfordererstaaten (von den dominierten politischen Formationen nicht zu sprechen) unter der Vormundschaft der Staatsklasse, da hier das Kapital als soziale Kraft nicht unabhängig vom Staat existiert. Das heißt nicht, dass es keine Klassenfraktion gäbe, die sich von den Gewinnen der kapitalistischen Ausbeutung nährt, ganz im Gegenteil. Die Formen der Bereicherung in den Herausfordererstaaten, die sich kapitalistischer Praktiken bedienen, sind häufig weit spektakulärer, weil so wenig Reichtum an den Rest der

Gesellschaft zurückfließt. Im Herausfordererstaat, auch in Russland oder China, die allem Anschein nach „auf Kapitalismus umgeschaltet“ haben, können wir als Konstante eine Kombination von autoritärer Herrschaft und kapitalistischer Oligarchie annehmen. Was aber ist mit dem Westen?

Wir lassen uns im Folgenden von den autoritären Implikationen des neoliberalen Kapitalismus leiten, wie sie von Naomi Klein in *Die Schock-Strategie* (2007) oder kürzlich von Frank Deppe (2013) in *Autoritärer Kapitalismus* analysiert wurden. Klein sieht Ähnlichkeiten in Struktur, Substanz und Zeitstruktur zwischen der Einführung des Neoliberalismus und den fortgeschrittenen Techniken der Folter, die auf den psychiatrischen Therapien mit Elektroschocks aufbauen. Von Pinochets Coup in Chile bis zum Krieg gegen den Terror besteht eine Kontinuität in dieser gleichzeitigen Anwendung politischer und ökonomischer Gewalt. Deppe hebt das Ausmaß hervor, in dem die Forcierung der Marktlogik zunehmend auf einer Beschneidung der Demokratie beruht. Die Krise von 2007/8 hat die Unverträglichkeit zwischen beiden intensiviert, da die Demokratie auf dem Altar der fiskalischen Austerität geopfert wurde. Austerität lässt sich am besten als eine Form der Kriegsführung gegen die Bevölkerung verstehen und ist in sozialer Hinsicht die schlechteste, destruktivste und ungerechteste Form, öffentliche Schulden zurückzufahren (Piketty 2014: 738). Diese Argumente sind völlig stichhaltig, doch möchte ich zusätzlich auf die Verschiebungen im Gravitationszentrum des Klassenkompromisses hinweisen, auf dem der Staat/Gesellschaft-Komplex im Westen und die Disziplin des kapitalistischen Marktes beruhen. Irgendetwas ist im Westen verschwunden – worum handelt es sich?

Die Akkumulation des Kapitals, in ihrer reinen Form, wo der Staat ihr untergeordnet ist, vollzieht sich unter den Auspizien des „gesellschaftlichen Kapitals“ oder auch „Gesamtkapitals“. In der Praxis ist diese Form im Geldkapital als eigener Fraktion verkörpert, das nach Karl Marx „als konzentrierte, organisierte Masse auftritt, die ganz anders als die reelle Produktion unter die Kontrolle der das gesellschaftliche Kapital vertretenden Bankiers gestellt ist“ (MEW 25: 381). Sicherlich konkurrieren die Banken und andere Unternehmen, die sich auf das Kapital in Geldform konzentrieren, auch untereinander, aber als einheitliche Kraft repräsentieren sie die ultimative Quelle der vom Markt ausgeübten Disziplin, indem sie den Akkumulationsprozess für alle Sektoren der realen Produktion, den „Bereichen des Gebrauchswerts“ (Sekine 2013; Milios & Sotiropoulos 2009: 82f, passim), ratifizieren.

Alle ökonomischen Operationen in einem kapitalistischen Umfeld unterliegen letztlich den Bewegungen des gesellschaftlichen Kapitals und der vom Geldkapital ausgeübten Disziplin – genauso wie im Kontext der

Herausforderer, wie spektakulär auch immer die Bereicherung und die mit dem Kapitalismus assoziierten kulturellen Phänomene, wie heute in Russland oder China, sein mögen, die ultimative Disziplin vom Staat durchgesetzt wird. Jedoch ist nicht alles Geld, das unter der Kontrolle von Kapitalisten zirkuliert, Geldkapital im Sinne des gesellschaftlichen Kapitals. Neben dem Kapital in produktiver Form, in der über das investierte Kapital hinaus real Wert geschaffen wird, und dem Geldkapital, das als gesellschaftliches Kapital die Produktion in diesem Sinne regiert (und so sicherstellt, dass die Produktion dem Wertgesetz gehorcht und die Standards der Profitabilität erfüllt), gibt es auch Kapital in Warenform, und Geld ist auch eine Ware. In dieser Form fungiert es als (notwendiges) Medium, durch welches das Mehrwert schaffende Kapital hindurchgeht, ist aber selbst an der Produktion des Mehrwerts nicht beteiligt. Allerdings hat es über das Preissystem Teil an der Verteilung der Profite. Diese Zirkulation des Geldes vollzieht sich nach heutiger Terminologie als Finanzdienstleistungen, als Teil des Handels mit Dienstleistungen, ist also *Handel*. Marx bezeichnet es als Geldhandelskapital, Teil des Kapitals in Warenform. Hier nun gelangen wir zu den Wurzeln der Oligarchien und der autoritären Wende der kapitalistischen Herrschaft.

Die verschiedenen Formen des Kapitals bilden jeweils eigene Kreisläufe. Auch wenn sie jeweils mit bestimmten Kategorien von Kapitalisten verbunden sind, die alle unter dem Druck der Konkurrenz stehen, schließen sie sich von Zeit zu Zeit zu Kapitalfraktionen zusammen, um ihre partikularen Interessen als allgemeine Interessen erscheinen zu lassen, und zwar nicht nur der Klasse der Kapitalisten, sondern der Gesellschaft als ganzer (Hickel 1975). Denn es ist ein Unterschied, ob eine Gesellschaft um die Notwendigkeiten der Produktion herum organisiert oder ausschließlich auf den Profit ausgerichtet ist und wie der unvermeidliche Kompromiss zwischen beiden (andernfalls hätten wir es nicht mehr mit Kapitalismus zu tun) räumlich konfiguriert wird, wo sich also die Produktionsstandorte befinden, wo und wie der Profit erscheint usw.

Die regulierende Kraft ist dabei der Klassenkampf und Klassenkompromiss. Aus diesem Blickwinkel lässt sich die Epoche der Moderne zunächst als Ergebnis gewaltiger Durchbrüche der Arbeiterbewegung und des Sozialismus verstehen – die Periode nach dem 1. Weltkrieg, die Russische Revolution und die Weltwirtschaftskrise und weiter der 2. Weltkrieg und die Folgezeit. Niemals zuvor hatten Schläge dieses Ausmaßes die westliche Gesellschaft getroffen, und auch die Schwächung der Stellung der herrschenden kapitalistischen Klasse und ihrer Fähigkeit, die Gesellschaft zu dirigieren, war etwas bisher Unerhörtes. Dadurch verschob sich das bestimmende Zentrum des kapitalistischen Akkumulationsprozesses von den

„normalen“ disziplinierenden Instanzen (Geldkapital als gesellschaftliches Kapital) direkt in die Produktionssphäre, entsprechend den Anforderungen einer Ausweitung der Gebrauchswertsphären selbst. Dies leitete im Westen den Klassenkompromiss der Nachkriegszeit ein, der bis zu den Schocks der späten 1960er und frühen 1970er Jahre (wie dem Zusammenbruch des Goldstandards von Bretton Woods) währte, und brachte den Konsumismus hervor, der bis heute ein Schlüsselement der Legitimation der geltenden Ordnung und ihrer globalen Ausbreitung bildet.

Die Reorganisation des Zyklus des industriellen Kapitals um die Bedürfnisse der Produktion, auch vorangetrieben durch die Stärke der Arbeiterklasse in der Krise der 1930er Jahren und in Europa nach dem Sieg über Nazi-Deutschland, führte unter anderem zur *Trennung des spekulativen Geldhandlungskapitals vom Geldkapital für produktive Investitionen*. So wurde 1933 in den USA das spekulative Geldkapital und die Klassenfraktion der Rentiers, der es diente, durch den Glass-Steagall Act, ein Kernelement des New Deal von Roosevelt, zurückgedrängt. Gleichzeitig rangen die Arbeiter, speziell in den neuen fordistischen Industrien der Massengüterproduktion der herrschenden Klasse weitere Zugeständnisse ab wie die Anerkennung von Gewerkschaften und Tarifverhandlungen.

Die Eingriffe in die Finanzsphäre, die Trennung des Geldhandelskapitals von der Vergabe von Krediten für Investitionen nannte John Maynard Keynes die „Euthanasie des Rentiers“, des „funktionslosen Investors“ (Keynes 1970: 376). Das Kontrollkonzept des liberalen Korporatismus der großen bürokratischen Organisationen (organisierte Interessen, Staaten, Blöcke) ersetzte den liberalen Internationalismus des 19. Jahrhunderts. Die Einschnitte des Glass-Steagall Act in die Finanzsphäre wurden international nicht voll umgesetzt; das Abkommen von Bretton Woods schrieb den Staaten Kapitalkontrollen nicht vor, sondern *erlaubte* sie ihnen nur (Burn 2006: 4).

Trotz allem überlebte das Geldhandlungskapital (Handel mit finanziellen Dienstleistungen), zwar nicht im Bereich der Kompromisslinien zwischen Kapital und Arbeit, jedoch in der Nische der Weltökonomie in der *City of London*. Seit den späten 1950er Jahren begannen die Handelsbanken hier Dollars als Depositen zu akzeptieren, die außerhalb der Jurisdiktion der US-Behörden zirkulierten, die sog. Euro-Dollars und andere ausländische Währungen. Nach dem Anstieg des Ölpreises als Antwort auf die Inflation in Folge der Ablösung des US-Dollars vom Goldpreis 1971 wurden sog. Petrodollars durch die Märkte der City geleitet und weiteten ihren Umfang stark aus. Zwischen 1960 und 1983 stiegen die Netto-Depositen in Euro-Dollars in der City um das Tausendfache auf eine Billion (Burn 2006: 17).

Wie in allen inflationären Episoden in der Geschichte wirkte die Masse an unregulierten Finanzen als machtvoller Motor der Umverteilung. Zu Hause erlaubte sie es, den liberalen, korporatistischen Klassenkompromiss in den 1970er Jahren weiter zu finanzieren, obwohl, bei sinkenden Profiten, das Kapital sich unwillig zeigte, weiter in den Klassenkompromiss zu investieren. International befeuerte es Industrialisierungs- und Modernisierungspläne der Dritte-Welt-Koalition für eine Neue Weltwirtschaftsordnung sowie der Länder des Sowjet-Blocks. Die Niederlage der USA in Vietnam und der Zusammenbruch der südeuropäischen Diktaturen (einschließlich des portugiesischen Kolonialismus) übernahmen hier die Rolle, die die Arbeiterbewegung in den 30er Jahren innerhalb der USA gespielt hatte. Es ist bedeutsam, dass das durch London zirkulierende Geld primär nicht der Finanzierung von Investitionen und damit als Geldkapital im eigentlichen Sinne diente, sondern eine „fundamental kommerzielle“ Aktivität der Banken darstellte, in denen diese Profite aus kurzfristigen Geldbewegungen zu machen suchten, ohne dabei eine disziplinierende Rolle auf die Leihenden auszuüben (Burn 2006: 100, zit. Ingham). Die Disziplin musste daher von politischer Seite erfolgen, weil Geld als gesellschaftliches Kapital die Verteilung von Investitionsmitteln über profitable Tätigkeiten übernimmt, die die Interessen der herrschenden Klasse durch reale Akkumulation unterfüttern.

Der Wechsel zur Wiederherstellung der Disziplin vollzog sich auf breiter Front und kündigte die autoritäre Richtungsänderung bereits an. Die Demokratie wurde strukturell beschnitten, indem die ökonomischen Operationen von der Politik abgeschottet wurden, wie es im Report von Michel Crozier, Samuel P. Huntington und Joji Watanuki (1975) an die Trilaterale Kommission empfohlen wurde. Mit der Erschöpfung des keynesianischen Klassenkompromisses fiel die Neubestimmung der Ökonomie als eines Feldes für Experten, Neoliberalen wie Friedrich von Hayek und Gleichgesinnten zu, die während der Dekaden des liberalen Korporatismus in der Mont-Pèlerin-Gesellschaft überwinterten (Walpen 2004). 1979 bremste die Entscheidung des *Federal Reserve Board* über die Zinsrate schlagartig die Ausweitung der Geldmenge. Der nach ihrem neuen Vorsitzenden, Paul Volcker, benannte „Volcker-Schock“ stürzte alle Ökonomien, die sich inflationäre (Euro-)Dollars geliehen hatten, in die Schuldenkrise. Hier lässt sich die Rolle der strategischen Eliten (u.a. Trilaterale Kommission, Mont-Pèlerin-Gesellschaft, das *Open Market Committee* in den USA) im Umsturz der gesamten Klassenkonstellation als Teil einer Neustrukturierung der Prioritäten der herrschenden Klasse beobachten.

Die Möglichkeit hierzu setzt sicherlich voraus, dass die dem entgegenstehenden Kräfte bereits bröckeln, wie im Falle des brutalen Angriffs von

Thatcher auf die Gewerkschaften sowie auf Industrie und Bergbau oder in Reagans Zerschlagung der Gewerkschaften, dem Neuen Kalten Krieg und der Konterrevolution in der Dritten Welt. Der Autoritarismus nahm die Gestalt restriktiver Gewerkschaftsgesetze und einer neuen Ideologie an, die die Profit-Logik forcierte. Somit konnte das Gravitationszentrum der Kapitalzirkulation sich weiter von der Produktion entfernen – anders gesagt, *die Produktion wurde der Zone des Klassenkompromisses entzogen*. Volcker beabsichtigte, die Disziplin des gesellschaftlichen Kapitals global wiederherzustellen (vgl. Greider 1989: 75, 101, passim), doch tatsächlich wurde auch das Wachstum des Geldhandlungskapitals befördert.

Der ursprüngliche, *systemische* Neoliberalismus verlangte die Aufhebung des Klassenkompromisses mit der organisierten Arbeiterschaft in der Produktion. Er sollte ersetzt werden „erstens [...] durch eine strikte Allianz mit dem Top-Management [...] zu erreichen durch die Zahlung erstaunlicher Vergütungen als ‘Löhne’ oder ‘Aktien-Optionen’. Zweitens, in dem der Aktien besitzenden Mittelklasse die Chance geboten wird, Profite aus Kapitaleinkommen und Preissteigerungen von Wertpapieren zu erzielen, auf direktem Wege oder über Investmentfonds“ (Duménil & Lévy 2004: 10). Im Rahmen des korporatistischen Liberalismus war die Mittelklasse in Westeuropa durch eine Umverteilung der Einkommen der obersten zehn Prozent auf breitere Segmente darunter gewachsen; in den Vereinigten Staaten von Amerika existierte eine solche Mittelklasse bereits im 19. Jahrhundert. Während des sog. *Gilded Age* erlitt sie Rückschläge, um sich dann wieder zu erholen (Piketty 2014: 460-465). Über diese Zeit hinweg sicherte die Stärke der Arbeiterklasse stabile Löhne und Demokratie auf beiden Seiten des Atlantik (Rueschemeyer u.a. 1992).

Nachdem die Arbeiterklasse ihren Zusammenhalt als politische Kraft verloren hatte, verblieb nur die vermögende Mittelschicht, vornehmlich mit Grundeigentum (mit Hypotheken belastet, aber mit Aussicht auf steigende Vermögenswerte), als Teil des neuen Klassenkompromisses mit dem Kapital, der allerdings über Pensions- und Publikumsfonds Teile der Arbeiterklasse einschloss. Dies bewirkte einen Effekt der Demobilisierung, den „Tod als Klasse“ (Pakulski & Waters 1966), den ich eher als Prozess intensiver sozialer Mobilität verstehe, *aufwärts* bei der Fraktion der aufstrebenden Privateigentümer, *abwärts* bei dem viel größeren Segment der Bevölkerung ohne soziale Protektion.

Gramscis Abfolge der Klassenbildung beinhaltete in den Vereinigten Staaten den Aufstieg von gewerkschaftsfeindlichen neuen Industriebranchen und eine Steuerrevolte der vermögenden Mittelklassen gegen einen Staat der Umverteilung. Sie weitete sich dann u.a. mit Hilfe spezialisierter

Organisationen wie des *Business Roundtable* und verschiedener rechtsgewirkter *Think Tanks* (Ferguson & Rogers 1986) sowie der in Paris ansässigen *International Chamber of Commerce* aus, in der Rupert Murdoch eine spezielle Rolle spielte (van der Pijl 2006: 156, 164). Der kulturelle und rassistische Gegenstoß gegen die permissiven 1960er Jahre, gegen die Anti-Vietnam-Bewegung und die schwarze Bürgerrechtsbewegung war Teil dieses Prozesses, der untermauert wurde von Verlagerungen in der Verteilung der Profite zu Gunsten der Rentiereinkommen, deren „große Beschleunigung [...] um 1979 oder 1980 begann“ (Epstein & Power 2002).

Auf Grund des Zusammenbruchs des Sowjet-Blocks und der UdSSR sowie der gleichzeitigen Wendung der chinesischen Staatsklasse, ihre Arbeitskräftereserven der Ausbeutung durch ausländisches Kapital zur Verfügung zu stellen, verdoppelte sich das global verfügbare Angebot an freier Lohnarbeit auf rund drei Milliarden und schwächte drastisch ihr Gewicht im Verhältnis der Klassen untereinander (vgl. die Beiträge in van der Pijl 2015). Von nun an nutzten die USA und die NATO zunehmend ihre militärische Überlegenheit zur Sicherung der um den Globus geschlungenen Warenketten und der Quellen und Nachschubrouten für Rohstoffe. Samuel Huntingtons *Clash of Civilisations* liefert hierfür ein neues Drehbuch. Als der Krieg am Golf und in Jugoslawien wütete und ökonomische Kriegsführung und Regimewandel durch „Förderung der Demokratie“ sich ausweiteten, wurde der systemische Neoliberalismus durch einen, wie ich ihn in Ermangelung eines besseren Ausdrucks nenne, „räuberischen Neoliberalismus“ ersetzt. Der Neoliberalismus hat durchgehend den Anstrich der „Rache des Rentiers“ (Morris 1982), aber es dauerte bis in die 1990er Jahre, bis dies zur ausschlaggebenden Tendenz wurde.

Peter Gowan erfasst den Wandel, wenn er schreibt, dass finanzielle „Handelsaktivitäten [...] mit diesen oder jenen Wertpapieren [...] keine langfristigen Investitionen bedeuten [...], sondern vielmehr Kauf und Verkauf von Finanzpapieren oder realen Vermögenswerten, um *Preisdifferenzen und Preisbewegungen auszunutzen und nicht zuletzt diese hervorzurufen*“ (spekulative Arbitrage; Gowan 2009: 9, vgl. 8 und 8n; Hv.: KvdP). Ein Makler kommentiert: „Ein großer Teil des Wachstums im Finanzsektor in den letzten drei Dekaden war reines *rent-seeking* im Herausfinden von Wegen, immer höhere Gebühren und Rückflüsse für Dienste zu verlangen, die nur einen bescheidenen wirtschaftlichen Mehrwert abwerfen“ (Hutchinson 2013). Der Mehrwert wird anderswo geschaffen, hinter dem Horizont. Obwohl er über die Umverteilung der Profite zum größten Teil im Westen landet (Starrs 2014), ist die Kontrolle des Westens über staatliche Zuständigkeiten, die von den Produktions- und Warenketten durchquert werden, auf Grund des

Wesens staatlicher Souveränität und der Fähigkeit der Staatsklassen, eigene Strategien zu verfolgen, immer prekär.

Auf der Ebene der Staaten wurde die Vorherrschaft des spekulativen Geldhandlungskapitals in der Form „verdichtet“, dass die Risiken, die mit dem absichtlichen Platzenlassen von spekulativen Blasen verbunden sind, abgesichert wurden. Die tatsächliche Unterordnung des investiven Geldkapitals unter die „Märkte“ wurde sichtbar, als John Meriwether seine Erfahrungen mit dem sog. Eigenhandel (d.h. der Spekulation mit dem eigenen Geld der Bank), entwickelt bei Salomon Brothers, in seinen eigenen *Hedge-Fond* einbrachte, Long Term Capital Management (LTCM), mit zwei Nobelpreisträgern in Ökonomie von der schwedischen Zentralbank als den Experten der neoliberalen Ära. Als er 1998 zusammenbrach, wurde er durch Alan Greenspans Fed mit 3,6 Mrd. US\$ aus öffentlichen Geldern gerettet. Im Zusammenhang mit dem Umgang mit der Asien-Krise – ein Raubzug in jene Ökonomien, die noch nicht auf den neoliberalen Zug aufgesprungen waren – konnte sich der Finanztumult in eine weitere Börsen/Immobilien-Blase verwandeln (Rude 2008: 211). Doch dann kam die *dot.com*-Blase des Jahres 2000 usw.

Diese wiederholte Sequenz gab die Lösung für die Finanzkrise 2007/8 vor. In der Tat, welche Abenteuer die Geldhändler in Form von räuberischer Aufblähung oder Entwertung von Aktiva auch unternehmen, sie werden vom Staat und den Autoritäten der Zentralbank gedeckt. Diese „Rettungsaktionen“ befeuern den Zyklus der Spekulationen erneut und verweisen auf eine fundamentale Ausrichtung der staatlichen Politik an den Interessen des Geldhandelskapitals. Die Sozialisierung der Bankverluste aus dem Ausfall der Kredite 2007/8 passt in dieses Muster. Nachdem es den Banken im Jahrzehnt vor dem Crash erlaubt worden war, das Verhältnis von Eigenkapital zu Verbindlichkeiten herabzusetzen (Panitch & Gindin 2012: 306), wurden sie, als die Krise ausbrach, durch öffentliche Gelder wieder aufgefüllt.

Die Rechnung wurde der Gesellschaft präsentiert, mit hohen Schulden und Austeritätspolitiken, um diese zu bedienen. Damit ist auf absehbare Zeit eine Rückkehr zur sozialen Sicherung blockiert. Indem sie die Ökonomie schrumpfen lassen, erschweren die Austeritätspolitiken eine Aufhebung des Hebeleffekts. Deshalb bewertet Thomas Piketty dies als schlechteste Lösung beim Schuldenabbau (Piketty 2014; Mirowski 2013: 350).

Aber Disziplin, auch harte Disziplin, war niemals nur ökonomisch. Nachdem die Reagan-Administration die Mechanismen der *Continuity of Government*, die im Ausnahmezustand die Ersetzung der gewählten Institutionen ermöglichen soll, ins Leben gerufen hatte, wurde diese schließlich mit dem *Patriot Act* als Teil des *War on Terror* in Kraft gesetzt (van der Pijl 2014: 207-209; 225f) und näherte die autoritäre Herrschaft im Westen

den Mustern an, die in Russland, China, dem Iran und anderswo vorherrschen. Edward Snowden deckte die globale Überwachungsstruktur auf, in deren Zentrum die „Five Eyes“ des ursprünglichen anglophonen Kernlands (Vereinigte Staaten, Großbritannien, Kanada, Australien, Neuseeland) stehen, formalisiert bereits im UKUSA-Abkommen von 1945 (Greenwald 2014; Richelson & Ball 1990). Dies zeigt das Ausmaß, in dem die Repression von einer selektiven Praxis zu einem umfassenden disziplinierenden Zustand geworden ist. Das führt zur letzten Frage, wie diese autoritären Tendenzen und die Ausbreitung von Gewalt mit der Oligarchisierung der globalen Klassenstruktur verknüpft sind.

Oligarchische Klassenstruktur und Globale Politik

Unter den neuen Bedingungen einer globalisierten Produktion und der damit einhergehenden Bewegungen des Geldkapitals in seinen verschiedenen Formen auf den Weltmärkten werden weiter enorme Vermögen aufgehäuft. Das trägt zu einer immer schiefen Einkommensverteilung bei, auch wenn das Wachstum mittlerer Einkommen und Vermögen in China diesen Effekt etwas verschleiert. Piketty sieht in seinem viel zitierten Buch *Das Kapital im 21. Jahrhundert* eine hohe Wahrscheinlichkeit

„einer Divergenz oligarchischen Typs, also eines Prozesses, in dem die reichen Länder oder allgemeiner: in dem sämtliche Länder, China und die Ölförderländer natürlich eingeschlossen, immer massiver von den Milliardären und Multimillionären dieser Erde in Besitz genommen werden. Wie wir [...] gesehen haben, ist dieser Prozess durchaus schon im Gange“ (Piketty 2014: 618f).

Oligarchische Ungleichheiten sind innerhalb der einzelnen Länder und Sektoren ausgeprägter als die internationale Ungleichheit, die für das Zeitalter von Kernland und Herausforderer typisch war. Nach dem neuesten *Global Wealth Report* besaßen die obersten 10 Prozent der Weltbevölkerung 2013 rund 86 Prozent des globalen Reichtums, während auf die untere Hälfte ein Prozent entfiel (Davies u.a. 2013: 4). Der Report notiert 98.700 UHNW-Personen (*ultra-high net worth*), deren Nettovermögen 50 Mio. US\$ übersteigt. 33.900 von diesen besitzen mindestens 100 Mio. US\$, und 3.100 haben Vermögenswerte oberhalb von 500 Mio. US\$. Von den UHNWs leben 49 Prozent in Nordamerika, wobei die USA mit 45.600 Personen mit weitem Abstand führen, 25 Prozent residieren in Europa, und 14.200 oder 14 Prozent im asiatisch-pazifischen Raum, ausgenommen China und Indien. Die USA haben achtmal so viele UHNWs wie China, welches mit 5.830 Personen (oder 5,9 Prozent) den zweiten Platz belegt (Davies u.a. 2013: 24).

Die USA figurieren weiterhin an der Spitze der Listen von Millionärshaushalten wie von UHNWs; am höchsten im Sample von Piketty ist die Ungleichheit jedoch in Kolumbien. Hier steckte sich zwischen 1990 und 2010 das oberste eine Prozent – eine Ikone seit der *Occupy-Wall-Street*-Bewegung – Jahr für Jahr 20 Prozent des Nationaleinkommens in die Tasche. Die USA rangieren in dieser Hinsicht mit Südafrika und Argentinien in der gleichen Klasse von 16-18 Prozent, Indien und Indonesien teilen sich mit Großbritannien und Kanada die 12-14 Prozent-Kategorie, während in China, das Mitte der 80er Jahre auf dem Niveau der skandinavischen Länder rangierte, das oberste eine Prozent 10-11 Prozent des Nationaleinkommens einnimmt (Piketty 2014: 434). Auf einzigartige Weise besitzen in Russland 110 Milliardäre 35 Prozent des gesamten Vermögens (Davies u.a. 2013: 57).

Die Reichen haben freie Bahn, zumindest ökonomisch, was sich nicht nur daran zeigt, dass es ihnen effektiv gestattet ist, einen Teil ihres Vermögens in den Offshore-Finanzplätzen zu deponieren (Palan 2003). Staaten sind den Reichen gefällig und verfolgen nicht länger die hohen Einkommen auf genaue Weise. Piketty, dessen Studie auf offiziellen Angaben beruht, beobachtet eine Verschlechterung der Steuer-Daten nach 1990, welche er zum Teil auf eine gewisse allgemeine Abneigung von Regierungen und internationalen Organisationen gegenüber einer progressiven Einkommenssteuer zurückführt, die so demokratische Transparenz weiter untergräbt (Piketty 2014: 436). Auch dies ist eine Verdichtung der Klassenverhältnisse im Staat.

Die Frage stellt sich, ob die Superreichen heute eine „eigene Nation unter sich“ bilden, wie Chrystia Freeland meint, oder ob und zu welchem Grad Nationalität in Form der Eigenstaatlichkeit noch politisch zählt (Freeland 2012: 58). Es ist eine Sache, zu behaupten, dass „Plutokratie heute eine dominante politische Form“ bildet (Bellamy Foster & Yates 2014: 14), aber eine andere anzunehmen, dass dies entweder automatisch zu einer universalen Verbrüderung der Reichen führe – oder zu einer imperialistischen Rivalität klassischen Typs. Ist sie wirklich das eine oder das andere? Ich behaupte, dass beide Elemente auf widersprüchliche Weise zutreffen und so zur spezifischen Instabilität der gegenwärtigen Weltsituation beitragen.

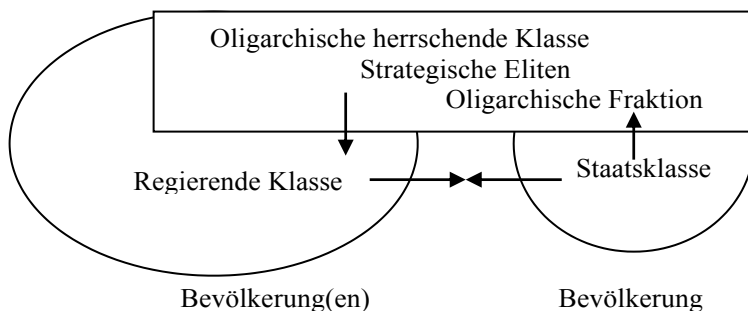
Die auskristallisierte Kernland/Herausforderer-Struktur der vergangenen Jahrhunderte hinterlässt uns eine transnationale/internationale Klassenstruktur, in der aus der Vergangenheit stammende Elemente der Konfrontation fortbestehen. Diese Konfrontation betrifft hauptsächlich Staatsklassen in den ehemaligen Herausfordererstaaten, die nicht den als „global governance“ oder „good governance“ verbrämten Diktaten des Westens folgen – Russland, China, vielleicht auch der Iran und die Türkei, wenn wir auch die kleineren Formationen beachten. Indien steht am Scheideweg. Diese Tendenzen lassen

sich unter „globale Rivalitäten“ einordnen. Auf der anderen Seite können wir im Aufstieg der Oligarchien in allen diesen Ländern offenkundig neue Züge in einer Ausrichtung der Oligarchien *über die (historische) Trennungslinie hinweg* wahrnehmen, die selbst Zeichen der Auflösung und Ersetzung durch andere Strukturen zeigt.

Von der Konfiguration, die im ersten Schaubild dargestellt wurde, gelangen wir nun zu einer, in der sich die oligarchischen Tendenzen in der herrschenden Klasse im Westen mit der Bildung von oligarchischen Klassenfraktionen in einer Reihe ehemaliger Herausfordererstaaten, zum Teil durch strategische Eliten, verschränken. Hierdurch wird die strukturelle Trennlinie überbrückt, die zuvor wirksam war. Hier mag sich der Eintritt in eine völlig neue Ära ankündigen – nicht nur in Bezug auf pro-westliche Gruppen, die sich „molekular“ im Kontext der Herausfordererstaaten entwickeln, was schon immer der Fall war, sondern auch im Zusammenhang mit der entscheidenden Tatsache, dass der Westen seine liberale Haltung aufgibt und durch einen autoritären Populismus leichter Zuflucht zu Provokationen, Sanktionen und verschiedenen Formen der Gewalt bis hin zum offenen Krieg nimmt. All dies weist auf einen Regimewandel hin.

Dies illustriert die folgende Abbildung, in der ich einige Pfeile fortgelassen habe, die politische Ausrichtungen, etwa in Bezug auf die Bevölkerungen anzeigen, um den Kern der neuen Situation besser hervorzuheben.

Abb. 2



Die Staatsklassen bleiben definitionsgemäß an der Macht. Ihre autonome Stellung schließt an sich nicht aus, dass sie sich mit der Ausrichtung der aufstrebenden Reichen in ihren Ländern an der oligarchischen herrschenden Klasse im Westen arrangieren. Das könnte zum Beispiel die Form der Zusage einer stabilen Versorgung mit Rohstoffen, wie im Falle Russlands, annehmen oder des Interesses von Staatsfonds, die sich in westliche Unternehmen einkaufen. Nach der Schätzung von John Plender in der *Financial*

Times vom 21. November 2007, noch vor der Krise, wurde hierdurch „indirekt der Trend der Privatisierung, der in den 1980er Jahren begann, durch eine neue Ausweitung staatlicher Eigentumsrechte umgekehrt“, die „im Gegenzug un-liberale politische Reaktionen auslösen, die die globalen Kapitalströme behindern“. Katharina Pistor sieht hier einen qualitativen Wandel: „ein Netzwerk von mit Aktien untermauerten Beziehungen verbindet die größten Finanzakteure des Globus, dazu gehören Finanzintermediäre und souveräne Investoren ‘of last resort’. Damit sind letztere nicht nur an ausgewählten Finanzintermediären beteiligt, sondern haben dadurch auch Interessen auf dem globalen Finanzmarkt“ (Pistor 2009: 553). Hierdurch verändert sich für Pistor die Bedeutung der globalen politischen Steuerung.

Die Abbildung illustriert den Prozess der Bildung eines transnationalen oligarchischen Blocks, in den Worten von Ismael Hossein-Zadeh (2014) eines „Netzwerks transnationaler Finanzeliten, die häufig Politiker auswählen und Regierungen aus den Kulissen steuern“. Sie zeigt jedoch ebenso auf, dass die Staatsklasse (Russland, China, Iran usw.) weiterhin die Kontrolle über ihre oligarchische Fraktion ausübt. Damit ist in diesen Staaten die ungehinderte Aufrechterhaltung vieler lebenswichtiger Verknüpfungen mit der kapitalistischen Weltökonomie ständig bedroht. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten im Kernland können die Weltökonomie zwar rein ökonomisch gesehen kontrollieren (Panitch & Gindin 2012; Starrs 2014), *sie besitzen aber nicht die Kontrolle über eine Anzahl von wichtigen politischen Kräften, die das System in Unordnung bringen können*. Daher bleiben autonome Staatsklassen (oder autonome Fraktionen innerhalb von Staatsklassen) aus westlicher Sicht unberechenbar.

Hossein-Zadeh unterscheidet zwischen Staaten, die keine signifikante Schnittstellen mit der transnationalen oligarchischen Struktur besitzen, wie Irak oder Libyen, und die daher unmittelbar zum Ziel westlicher Aggression werden, und solchen Staaten, in denen eine substantielle oligarchische Fraktion existiert, wie im Iran, in der Ukraine oder in Russland. Diesen Staaten gegenüber, zu denen auf längere Sicht auch China gehört, wird eine Strategie der „weichen Macht“ angewendet, von der Förderung der Demokratie bis zu Sanktionen (im Falle des Iran auch Staatsterror in Form der Ermordung von Atomwissenschaftlern.) In den erstgenannten Fällen kann der Regimewechsel erreicht werden, indem die Führung durch offenen Krieg beseitigt oder enteignet wird; in der zweiten Gruppe geht der Regimewechsel nicht so weit. Der Krieg in Jugoslawien zeigte Aspekte beider Strategien; die Konfrontation der NATO mit Russland nach dem erfolgreichen, aber unvollständigen Regimewechsel in der Ukraine enthält ebenfalls große Risiken eines unvorhergesehenen gewaltsamen Konflikts. Die Gründung

von „Open Russia“ durch Michail Chodorkowski im September 2014 im Exil nach seiner Freilassung aus dem Gefängnis ist hier von Bedeutung, da sie dem Muster einer oligarchischen Fraktion entspricht, die eine aus Sicht liberaler globaler Steuerung als unzuverlässig erscheinende Staatsklasse stürzen möchte (MacMillan 2014).

Ob im Falle der Rohstoffversorgung oder der Finanzspritzen durch Staatsfonds, ob offene militärische Intervention oder Strategien „weicher Macht“, die darauf abzielen, amtierende Staatsklassen zu entfernen, in jedem Fall tickt eine Zeitbombe unter dem ganzen Prozess – die Aussicht auf eine neue systemische Krise der kapitalistischen Weltökonomie. Wie Paul Volcker gewarnt hatte, wird die US-Ökonomie flott gehalten durch einen Zufluss von 2 Mrd. US\$ pro Werktag, „80 Prozent der internationalen Nettokapitalbewegungen“ (zit. in Desai 2013: 248). Sie kann nicht darauf hoffen, unbegrenzt aufgrund dieser Unterstützung zu überleben. Die Grenzen der Verschuldung, der öffentlichen wie privaten, sind mit dem Wiederaufstieg des Geldhandelskapitals nach der Krise deutlich erreicht. Im Jahr 2010 übertrafen die außerbörslich gehandelten Derivate mit 700 Bill. US\$ bereits das Niveau vor der Krise (Mirowski 2013: 351, Fig. 6.4). Hutchinson schreibt:

„Die Blase der Fremdkapitalaufnahme hat sich so weit entwickelt, wie es geht. Die Raten der Fremdkapitalaufnahme in den USA und weltweit haben, ‘stimuliert’ durch all den billigen Kredit, Rekordhöhen erreicht. Wenn die Zinsraten beginnen, wieder zu einem normalen Niveau zurückzukehren, sodass das Leihen von Geld nicht länger profitabel ist, dann wird die Welt zu einer weiteren schmerzhaften Runde des Ersetzens von Fremd- durch Eigenkapital gezwungen, die Regierungen zu ausgeglichenen Haushalten, die Konsumenten die Schwänze einzuziehen, und die übermäßig fremdfinanzierten Unternehmen Bankrott zu machen.“ (Hutchinson 2013)

Europa steht im Zentrum eines heraufziehenden Sturms, da die europäischen Banken nach den neuesten Zahlen mit 370 Bill. US\$ die Rangliste der Derivat-Halter anführen, gefolgt von den USA mit 220 Bill. US\$, Asien mit 40 Bill. US\$ und der Rest der Welt mit zusammen 140 Bill. US\$ (*Le Monde*, 6. Mai 2014). Ungeheure Risiken sind damit verbunden, diese Geldpyramide durch eine endlose Kette von „Hebeln“ befördert weiter wachsen zu lassen. Dies mag erklären, warum die herrschenden Klassen im Westen offenbar bereit sind, für autoritäre Lösungen zu optieren und Zuflucht zu Krieg und militärischen Drohgebärden zu nehmen.

Übersetzung aus dem Englischen: Reinhart Köbler & Hanns Wienold

Literatur

- Arrighi, Giovanni (1978): *The Geometry of Imperialism. The Limits of Hobson's Paradigm*. London.
- Bellamy Foster, John, & Michael D. Yates (2014): „Piketty and the Crisis of Neoclassical Economics“. In: *Monthly Review*, Bd. 66, Nr. 6, S. 1-24.
- Bode, Ries (1979): „De Nederlandse bourgeoisie tussen de twee wereldoorlogen“. In: *Cahiers voor de Politieke en Sociale Wetenschappen*, Bd. 2, Nr. 4, S. 9-50.
- Brethauer, Lars (2006): „Materialität und Verdichtung bei Nicos Poulantzas“. In: Brethauer, Lars; Alexander Gallas; John Kannakulam & Ingo Stützle (Hg.): *Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie*. Hamburg, S. 83-100.
- Burn, Gary (2006): *The Re-emergence of Global Finance*. Basingstoke.
- Cox, Robert W. (1986 [1981]): „States, Social Forces, and World Orders: Beyond International Relations Theory“. In: Keohane, Robert O. (Hg.): *Neorealism and its Critics*. New York, NY, S. 204-254.
- Crozier, Michel; Samuel P. Huntington & Joji Watanuki (1975): *The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*. New York, NY.
- Davies, James; Rodrigo Lluberis & Anthony Shorrocks (2013): *Global Wealth Report 2013*. Zürich.
- Deppe, Frank (2013): *Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand*. Hamburg.
- Desai, Radhika (2013): *Geopolitical Economy. After US Hegemony, Globalization and Empire*. London.
- Domhoff, G. William (1978): *The Powers that Be. Processes of Ruling Class Domination in America*. New York, NY.
- Duménil, Gérard, & Dominique Lévy (2004): „Neo-Liberal Dynamics – Towards a New Phase?“. In: van der Pijl, Kees; Libby Assassi & Duncan Wigan (Hg.): *Global Regulation. Managing Crises After the Imperial Turn*. Basingstoke.
- Epstein, Gerald, & Dorothy Power (2002): *The Return of Finance and Finance's Returns: Recent Trends in Rentier Incomes in OECD Countries, 1960-2000*. Research Brief, Political Economy Research Institute (University of Massachusetts Amherst), Nr. 2, November.
- Eyal, Gil; Iván Szelényi & Eleanor Townsley (1997): „The Theory of Post-Communist Managerialism“. In: *New Left Review*, Bd. 1, Nr. 222, S. 60-92.
- Ferguson, Thomas, & Joel Rogers (1986): *Right Turn. The Decline of the Democratic Party and the Future of American Politics*. New York, NY.
- Freeland, Chrystia (2012): *Plutocrats. The Rise of the New Global Super Rich and the Fall of Everyone Else*. London.
- Gill, Stephen (1990): *American Hegemony and the Trilateral Commission*. Cambridge.
- Gowan, Peter (2009): „Crisis in the Heartland. Consequences of the New Wall Street System“. In: *New Left Review*, Nr. 55, S. 5-29.
- Gramsci, Antonio (1971 [1929-1935]): *Selections from the Prison Notebooks*. Übers. und hgg. v. Quintin Hoare and Geoffrey N. Smith, New York, NY.
- Greenwald, Glenn (2014): *No Place to Hide. Edward Snowden, the NSA and the Surveillance State*. London.
- Greider, William (1989 [1987]): *Secrets of the Temple. How the Federal Reserve Runs the Country*. New York, NY.
- Habermas, Jürgen (1971 [1962]): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Neuwied & Berlin.
- Hartz, Louis (1964): *The Founding of New Societies. Studies in the History of the United States, Latin America, South Africa, Canada, and Australia*. New York, NY.

- Hickel, Rudolf (1975): „Kapitalfraktionen. Thesen zur Analyse der herrschenden Klasse“. In: *Kursbuch*, Nr. 42, S. 141-154.
- Hossein-Zadeh, Ismael (2014): „A World War between Classes, not Countries“. In: *Asia Times Online*, <http://www.atimes.com/atimes/World/WOR-02-090614.html>, letzter Aufruf: 11. 6. 2014.
- Hutchinson, Martin (2013): „Finance sector fading“. In: *Asia Times Online*, http://www.atimes.com/atimes/Global_Economy/GECON-01-101213.html, letzter Aufruf: 11. 12. 2013.
- Israel, Jonathan I. (2003 [1991]): „The Dutch Role in the Glorious Revolution“. In: Israel, Jonathan I. (Hg.) *The Anglo-Dutch Moment. Essays on the Glorious Revolution and its World Impact*. Cambridge.
- Kaufmann, Eric (1999): „American Exceptionalism Reconsidered. Anglo-Saxon Ethnogenesis in the ‘Universal’ Nation, 1776-1850“. In: *Journal of American Studies*, Bd. 33, Nr. 3, S. 437-457.
- Keynes, John Maynard (1970 [1936]): *The General Theory of Employment, Interest and Money*. Basingstoke.
- Klein, Naomi (2007): *Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus*. Frankfurt a.M.
- Kotz, David M., & Fred Weir (1997): *Revolution from Above. The Demise of the Soviet System*. London.
- Lewin, Moshe (1985): *The Making of the Soviet System. Essays in the Social History of Inter-war Russia*. London.
- MacMillan, Steven (2014): „Former Oil Tycoon Launches Pro-European Political Movement within Russia“. In: *New Eastern Outlook*, 19. Oktober, <http://journal-neo.org/2014/10/19/former-oil-tycoon-launches-pro-european-political-movement-within-russia/>, letzter Aufruf: 28. 11. 2014.
- Marx, Karl (1964 [1895]): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. III: Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion*. Berlin (= Marx Engels Werke – MEW, Bd. 25).
- Migdal, Joel S. (1988): *Strong Societies and Weak States. State-Society Relations and State Capabilities in the Third World*. Princeton, NJ.
- Milios, John, & Dimitris P. Sotiropoulos (2009): *Rethinking Imperialism. A Study of Capitalist Rule*. Basingstoke.
- Mills, C. Wright (1959 [1956]): *The Power Elite*. Oxford.
- Mirowski, Philip (2013): *Never Let a Serious Crisis Go to Waste. How Neoliberalism Survived the Financial Meltdown*. London.
- Morris, Jacob (1982): „The Revenge of the Rentier or the Interest Rate Crisis in the United States“. In: *Monthly Review*, Bd. 33, Nr. 8, S. 28-34.
- Padfield, Peter (2000): *Maritime Supremacy and the Opening of the Western Mind. Naval Campaigns that Shaped the Modern World, 1588-1782*. London.
- Pakulski, Jan, & Malcolm Waters (1996): *The Death of Class*. London.
- Palan, Ronen (2003): *The Offshore World. Sovereign Markets, Virtual Places, and Nomad Millionaires*. Ithaca, NY.
- Panitch, Leo, & Sam Gindin (2012): *The Making of Global Capitalism. The Political Economy of American Empire*. London.
- Piketty, Thomas (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München.
- Pistor, Katharina (2009): „Global Network Finance. Institutional Innovation in the Global Financial Market Place“. In: *Journal of Comparative Economics*, Bd. 37, Nr. 4, S. 552-567.
- Plender, John (2007): „The Pitfalls of Financial Globalisation Grow Clearer“. In: *Financial Times*, 21. November, <http://www.ft.com/cms/s/0/09a7ca34-97d5-11dc-9e08-0000779fd2ac.html#axzz3RKKcidhl>, letzter Aufruf: 10. 2. 2015.

- Richelson, Jeffrey T., & Desmond Ball (1990 [1985]): *The Ties that Bind. Intelligence Cooperation between the UKUSA Countries – The United Kingdom, the United States of America, Canada, Australia and New Zealand*. 2. Aufl., Boston, MA.
- Rude, Christopher (2008): „The Role of Financial Discipline in Imperial Strategy“. In: Panitch, Leo, & Martijn Konings (Hg.): *American Empire and the Political Economy of Global Finance*. Basingstoke, S. 198-222.
- Rueschemeyer, Dietrich; Evelyn H. Stephens & John D. Stephens (1992): *Capitalist Development and Democracy*. Chicago, IL.
- Schama, Simon (1990): *Citizens. A Chronicle of the French Revolution*. New York, NY.
- Sekine, Thomas T. (2013 [1980-2003]): *Towards a Critique of Bourgeois Economics: Essays of Thomas T. Sekine*. Berlin.
- Starrs, Sean (2014): „The Chimera of Convergence“. In: *New Left Review*, Nr. 87, S. 81-96.
- van der Pijl, Kees (2006): *Global Rivalries from the Cold War to Iraq*. London & New Delhi.
- van der Pijl, Kees (2014): *The Discipline of Western Supremacy. Modes of Foreign Relations and Political Economy, Bd. III*. London.
- van der Pijl, Kees (2015) (Hg.): *Handbook of the International Political Economy of Production*. Cheltenham.
- Walpen, Bernhard (2004): *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society*. Hamburg.
- Yurchenko, Yuliya (2012): „Black Holes in the Political Economy of Ukraine. The Neoliberalisation of Europe’s ‘Wild East‘“. In: *Debatte. Journal of Contemporary Central and Eastern Europe*, Bd. 20, Nr. 2-3, S. 125-149.

Anschrift des Autors:

Kees van der Pijl

k.van-der-pijl@sussex.ac.uk



Spendet und unterschreibt:
Initiative Rojava, IBAN: DE30 5905
0101 0610 5088 48, BIC: SAKS DE 55
www.rojava-solidaritaet.net